Deutscher Bundestag **Drucksache 19/225**

19. Wahlperiode 11.12.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Sevim Dağdelen, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 19/24 (neu), 19/177 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) auf Grundlage der Resolutionen 2100 (2013), 2164 (2014), 2227 (2015), 2295 (2016) und 2364 (2017) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 25. April 2013, 25. Juni 2014, 29. Juni 2015, 29. Juni 2016 und 29. Juni 2017

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Mission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) ist eine der gefährlichsten VN-Missionen weltweit. Sie sollte Mali nach der Eroberung des Nordens durch separatistische und islamistische Gruppen und einer französischen Militärintervention im Jahre 2013 stabilisieren und die Umsetzung eines Friedensabkommens überwachen. Dass der Einsatz in Mali dort nicht die erhoffte Stabilität gebracht hat, wurde im Januar 2017 auf besonders drastische Weise deutlich, als über 70 einheimische Soldaten bei einem Anschlag auf eine Militärbasis in Gao, Nord-Mali, in unmittelbarer Nähe zum Bundeswehrstützpunkt getötet wurden. Auch die Bundeswehr selbst war schon Ziel von Angriffen. Auch für die Zivilbevölkerung, besonders in Zentralmali, verschlechterte sich die Sicherheitslage in den vergangenen zwei Jahren dramatisch. Sie ist vor allem auch Übergriffen der malischen Armee ausgesetzt.
2. Im Vorfeld der angestrebten Mandatsverlängerung häufen sich Meldungen über tödliche Zwischenfälle in Mali in Verbindung mit der Mission. Am 26.10.2017 wurden mehrere VN-Soldaten durch eine Mine getötet. Am 7.11.2017 starben

mehrere Menschen, als ein Bus in der Nähe des VN-Stützpunktes in Gao auf eine Mine fuhr. Vier Zivilisten starben am selben Tag, als ein Konvoi der VN angegriffen wurde. Die Präsenz ausländischer Streitkräfte verschafft den Aufständischen Zulauf. Opfer von Terroranschlägen sind oft einheimische Zivilisten und Dienstleister der internationalen Truppen.

3. Die Bundesregierung spricht vom derzeit gefährlichsten Auslandseinsatz der Bundeswehr. Zugleich hat sie ihn zuletzt personell verstärkt und territorial ausgeweitet. Der verstärkte Einsatz im Norden des Landes lässt die Gefahr wachsen, dass Deutschland immer mehr zu einer aktiven Kriegspartei wird. Die Einheiten der MINUSMA agieren neben und auch zusammen mit den französischen Spezialkommandos der „Anti-Terror"-Operation Barkhane, deren brutales Vorgehen die Zivilbevölkerung mehr und mehr terrorisiert. Im Juli 2017 waren zwei deutsche Soldaten bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben gekommen. Umso zynischer ist es, den Einsatz in einer Web-Serie als Werbemaßnahme für die Bundeswehr aufzubereiten. Die Web-Serie „Mali" kostet insgesamt 6,5 Mio. Euro an Steuergeldern.

4. In der letzten Mandatsdebatte pries die Bundesregierung den Einsatz als Paradebeispiel für den vernetzten Ansatz. Und tatsächlich werden in Mali immer mehr Mittel des Auswärtigen Amtes und des Entwicklungsministeriums (BMZ) für die Flankierung des Militäreinsatzes ausgegeben. So erfolgt der Ausbau des Flughafens Gao durch Mittel aus der Ertüchtigungsinitiative im Einzelplan 60 mit einer klaren militärischen Zielsetzung. Das ist ein Beispiel dafür, dass im vernetzten Ansatz immer die militärische Strategie den Ausschlag gibt. So zählt zu den „zivilen" Begleitmaßnahmen des Auswärtigen Amtes die Ausstattung der malischen Armee mit militärischer Logistik.

5. In der Mandatsbegründung formuliert die Bundesregierung das Einsatzziel, „eine wichtige Transitregion für Migranten zu stabilisieren". Auch auf diesem Gebiet wird der Bundeswehreinsatz von ziviler Zusammenarbeit im Grenzmanagement flankiert. Dabei geht es allerdings weniger um die Sicherheit der Migrantinnen und Migranten, sondern eher um die Abschottung Europas vor den Migrantinnen und Migranten. Denn parallel zur immer weiteren Aufstockung des Militäreinsatzes strebt die Bundesregierung den Abschluss eines Rückführungsabkommens an, um möglichst viele Migrantinnen und Migranten nach Mali zurückschicken zu können, ungeachtet der Sicherheitslage dort. Im Rahmen der EUCAP-Mission werden Grenzschutzeinheiten ausgebildet – obwohl die Lage in den nördlichen Grenzregionen noch völlig unkontrolliert ist.

6. Der Einsatz gegen den islamistischen Terror wird zunehmend entgrenzt, wie der Tod von vier US-Soldaten sowie zahlreichen nigrischen Soldaten im Oktober 2017 im Niger nahe der Grenze zu Mali zeigt. Auch die Bundeswehr ist mittlerweile im Rahmen des MINUSMA-Mandates in Niger präsent. Mittels Ausstattungs- und Ausbildungshilfe für die neu geschaffene Fünf-Staaten-Armee G5 in der südlichen Sahelzone treibt die Bundesrepublik aktiv die Militarisierung dieser Region voran – allen gegenteiligen Beteuerungen des Auswärtigen Amts zum Trotz.

7. Zur Entgrenzung und Militarisierung tragen außerdem die EU-Ausbildungsmissionen EUTM Mali, EUCAP Mali und EUCAP Niger bei. Die EUCAP-Missionen dienen vor allem dem Aufbau von Gendarmerie- und Grenzschutzeinheiten, die EUTM-Mission der Ausbildung malischer Soldaten, die im Konflikt im Zentrum und Norden einen großen Teil der Opfer stellen. Human Rights Watch hat unter anderem anhand von Massengräbern dokumentiert, dass es zugleich die malischen Soldaten sind, die schwere Menschenrechtsverletzungen, bis hin zu Folter, Scheinexekutionen und tatsächlichen Erschießungen, begehen.

8. Militäraktionen von außen tragen nicht dazu bei, Konflikte zu befrieden, sondern

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

führen häufig zu neuen militärischen Auseinandersetzungen. Aus dieser Gewaltspirale muss Deutschland aussteigen und den Einsatz der Bundeswehr schnell beenden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Beteiligung der Bundeswehr an der VN-Mission MINUSMA unverzüglich zu beenden und die Soldatinnen und Soldaten abzuziehen;
2. die Ausrüstungs- und Ertüchtigungshilfe für Mali einzustellen;
3. die deutsche Beteiligung an der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali sofort einzustellen und in der EU darauf hinzuarbeiten, dass die EUTM- und die EUCAP-Missionen beendet werden;
4. von weiteren Verhandlungen über eine Rückübernahmeabkommen mit Mali Abstand zu nehmen.

Berlin, den 11. Dezember 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.